Gesellschaft

Die Menschenrechtskommission CHRAJ, die auch für die Korruptionsbekämpfung zuständig ist, hat trotz verfassungsrechtlicher Nähe zur Regierung ebenso wie die Wahlkommission einen erheblichen Anteil an der Demokratisierung des Landes beitragen können. während der Präsidentschaft von J. J. Rawlings setzte die Kommission angesichts einer strukturellen und teilweise selbstverschuldeten Schwäche der Oppositionsparteien, allen voran der NPP, durch etliche berechtigte regierungskritische Entscheidungen dem absoluten Machtanspruch des NDC und des Staatspräsidenten Rawlings klare Grenzen.

Auch die erstarkende ghanaische Zivilgesellschaft hat maßgeblich zur Stabilität des politischen Systems beitragen können. Dennoch fordern die zügigen und radikalen Veränderungen in Afrika und der Welt, die Ghana nicht beeinflussen kann, die Zivilgesellschaft enorm heraus. Dabei geht es um nicht weniger als um die Zukunftsfähigkeit der Zivilgesellschaft. Die Menschenrechtskommission CHRAJ kooperiert mit zivilgesellschaftlichen Organisationen innerhalb der Ghana Anti-Corruption Alliance (GACC), der es gelungen ist, in breiten Bevölkerungskreisen ein Bewusstsein für die negativen Auswirkungen von Korruption zu schaffen. So kamen nicht zuletzt aus der Zivilgesellschaft und aus staatlichen Behörden substanziell belegte Hinweise auf finanzielle Unregelmäßigkeiten bei der Savannah Accelerated Development Authority (SADA) sowie auf intransparente Vorgänge im Management der Ghana Youth Employment and Entrepreneurship Development Agency (GYEEDA), die im Oktober 2014 zu einem Strafverfahren gegen den früheren Koordinator führten. Im Februar 2018 wurde er zu einer Haftstrafe verurteilt.

Die Menschenrechte sind in Ghanas Verfassung verankert. Das Land hat zudem alle wesentlichen internationalen und regionalen Menschenrechtsabkommen ratifiziert und sämtliche

internationalen Zusatzprotokolle zumindest unterzeichnet. Die CHRAJ (Commission on Human Rights and Administrative Justice) vereint die Funktion des Ombudsmanns mit einer Wächterfunktion über die Einhaltung der Menschenrechte und fungiert auch als Anti-Korruptionsbehörde. Sie ist beim Dachverband der GANHRI mit A-Status akkreditiert (Stand März 2026). Zivilgesellschaftliche Organisationen können trotz zunehmender Debatten über den Schutz von Minderheiten weiterhin weitgehend ohne rechtliche und willkürliche Eingriffe von außen agieren. Trotz dieser insgesamt akzeptablen Bilanz wurde im Juli 2023 die Todesstrafe für die meisten Verbrechen offiziell abgeschafft und durch lebenslange Haft ersetzt, nachdem sie zuvor seit 1993 nicht mehr vollstreckt worden war. Es geschehen leider nach wie vor vereinzelt Lynchmorde, denen Kleinkriminelle und Verdächtige zum Opfer fallen.

Wenngleich gesetzlich verankert, bestehen in weiten Teilen der Gesellschaft nach wie vor erhebliche Defizite hinsichtlich der Gleichberechtigung von Frauen. Während Frauen im Staatsapparat und in der Privatwirtschaft etliche exponierte Führungspositionen besetzen, ist ihre Präsenz im Parlament und in den 259 Bezirksversammlungen noch immer gering. Immerhin konnten Frauen 40 Mandate an den Parlamentswahlen 2020 erringen, die zu gleichen Teilen an die Parteien gingen. In den Bezirksversammlungen blieb der Frauenanteil mit etwa 4,1 % ebenfalls auf niedrigem Niveau. Einen Wendepunkt markiert jedoch der im Juli 2024 verabschiedete Affirmative Action Act, der eine verbindliche Quote von 30 % für Frauen in öffentlichen Ämtern bis Ende 2026 vorschreibt. Der Affirmative Action Bill besteht, um bis 2026 die politische Teilhabe von Frauen weiterhin zu stärken. Bei den Wahlen im Dezember 2024 stieg die Zahl der Frauen im Parlament aber nur minimal auf 41 von 276 Sitzen an. Doch bei den Parlamentswahlen im Dezember 2024 stieg die Zahl der von Frauen gewonnenen Mandate immerhin auf 44 Sitze an. Staatlich sanktionierte polygame Eheschließungen sind möglich.

Die Zahl der Schwangerschaften von Mädchen, Teenagern und jungen Frauen im Alter von 10-19 betrugen 2020 über 110.000, wobei erhebliche regionale Differenzen bestehen. Ein Drittel aller ungewollten Schwangerschaften führte zur Abtreibung, Tendenz steigend. Die Zahl der registrierten Schwangerschaften bei Minderjährigen und jungen Frauen (10–19 Jahre) sank bis 2023 leicht auf etwa 102.000 Fälle jährlich, blieb jedoch auf hohem Niveau. Ein wesentlicher Faktor für diesen Trend war die verstärkte Umsetzung der «National Strategic Framework on Ending Child Marriage«, die indirekt auch Teenager-Schwangerschaften reduzierte. Seit 2024 stieg der Anteil der Schwangerschaftsabbrüche bei ungewollten Schwangerschaften auf schätzungsweise 40 % an, was auf einen verbesserten, wenn auch regional noch immer ungleichen Zugang zu reproduktiven Gesundheitsdiensten und eine Enttabuisierung des Themas zurückzuführen ist. Bis Anfang 2026 wurden zudem digitale Aufklärungskampagnen in ländlichen Regionen ausgeweitet, um die hohen Raten in den nördlichen Gebieten Ghanas gezielt zu senken.

Schwangerschaftsabbruch ist verboten, es sei denn, die Gesundheit der Schwangeren ist ernsthaft gefährdet. Etwa 80.000 Mädchen im Alter von 12 bis 17 sind verheiratet oder leben mit Männern zusammen. Mehr als ein Viertel dieser Gruppe ist zwischen 12 und 14 Jahre alt. 250.000 Mädchen zwischen 6 und 14 haben nie eine Schule besucht. Dreiviertel dieser Altersgruppe lebt im ländlichen Raum (2021). Vergewaltigung in der Ehe wird strafrechtlich nicht geahndet. Weibliche Genitalverstümmelungen (Gesamtprävalenz: 4, wobei große regionale Unterschiede bestehen: 50 in Upper West; 0,9 in Central bzw. Eastern) finden noch immer statt. Der GGI 2021 listete Ghana auf Platz 117 (von 156): eine deutliche Verschlechterung um zehn Plätze gegenüber dem Vorjahr.

Die Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch blieb bis 2026 restriktiv, jedoch wurden im Jahr 2024 die medizinischen Ausnahmeregelungen durch neue Richtlinien des

Gesundheitsministeriums klarer definiert. Die Zahl der verheirateten oder in eheähnlichen Verhältnissen lebenden Mädchen zwischen 12 und 17 Jahre sank bis Anfang 2026 leicht auf geschätzte 72.000. Dies primär durch verstärkte lokale Interventionen in der Northern Region. Der Anteil der sechs- bis 14-jährigen Mädchen, die nie eine Schule besuchten, reduzierte sich bis 2025 auf etwa 210.000, wobei in ländlichen Gebieten die Diskrepanz zwischen Stadt und Land via gezielte Infrastrukturprogramme leicht abnahm. Vergewaltigung in der Ehe wird auch 2026 weiterhin strafrechtlich nicht explizit als eigener Tatbestand geahndet, da entsprechende Gesetzesinitiativen im Parlament blockiert wurden. Die Gesamtprävalenz weiblicher Genitalverstümmelung verharrte bis 2026 bei etwa 3,8 %, wobei die Rate in der Upper West Region trotz Aufklärungskampagnen mit über 45 % weiterhin massiv über dem nationalen Durchschnitt liegt. Im Global Gender Gap Index (GGI) konnte sich Ghana bis 2025 leicht erholen und belegte Platz 108, was vor allem auf verbesserte ökonomische Partizipationsmöglichkeiten für Frauen zurückzuführen ist.

LGBTQI-Personen wie auch 350.000 HIV-Infizierte (geschätzte Gesamtzahl) wurden 2021 von Staat und Gesellschaft diskriminiert. Dies korrespondierte mit der Grundhaltung der *National Coalition for Proper Human Sexual Rights and Family Values* (NCPHSRFV), ein Zusammenschluss christlicher und muslimischer Aktivisten und Aktivistinnen mit den traditionellen Chiefs. Auch innerhalb der Zivilgesellschaft verfügten diese Gruppen über keine Lobby. Eine gezielte und breit angelegte Anti-LGBTQI-Kampagne legte den Grundstein für eine Gesetzesinitiative, diesbezügliche Aktivitäten mit langen Haftstrafen ahnden zu wollen. Das Gesetzgebungsverfahren lief 2022. Gleichgeschlechtlicher Sex konnte mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden.

Das Gesetzgebungsverfahren zur Verschärfung der Anti-LGBTQI-Gesetzgebung (Human Sexual Rights and Family Values Bill) gipfelte im Februar 2024 in der Verabschiedung durch das

Parlament. Das Gesetz sieht Haftstrafen von bis zu drei Jahren für die Identifikation als LGBTQI und bis zu fünf Jahren für die Förderung entsprechender Rechte vor. Die Unterzeichnung durch den Präsidenten verzögerte sich bis 2025 aufgrund anhaltender Klagen vor dem Obersten Gerichtshof, die die Verfassungsmäßigkeit des Entwurfs prüfen. Die Diskriminierung von HIV-Infizierten blieb bis 2026 ein strukturelles Problem, obwohl die Zahl der Infizierten durch verbesserte Testprogramme leicht auf geschätzte 335.000 sank. Die National Coalition (NCPHSRFV) festigte ihren Einfluss auf die öffentliche Meinung weiter, was dazu führte, dass internationale Menschenrechtsorganisationen Ghana bis Anfang 2026 vermehrt für die Einschränkung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit kritisierten. Eine nennenswerte politische Lobby für betroffene Gruppen konnte sich innerhalb der Zivilgesellschaft aufgrund des massiven sozialen Drucks und der drohenden Kriminalisierung auch bis 2026 nicht etablieren.

Das Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wird inzwischen etwas ernster genommen und mittels des LEAP-Programms (*Livelihood Empowerment Against Poverty*) auch ansatzweise und erkennbar umgesetzt. So gibt es mittlerweile gesetzlich festgelegte Ressourcen, Zuweisungen und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten. Dennoch liegt das Ergebnis bislang weit hinter den gesetzlichen Vorgaben und den Erwartungen der Zielgruppe zurück.

Die strafrechtliche Verfolgung von sex trafficking und auf Ausbeutung und Misshandlung basierende Kinderarbeit erfolgt noch immer halbherzig. Etliche harte Urteile wegen sexuellen Missbrauchs haben keine Trendwende eingeleitet. Den spezialisierten Polizeieinheiten (Anti-Human Trafficking Unit) fehlen auch 2026 oft die Mittel für umfassende Razzien und die anschließende langfristige Unterbringung der Opfer in Schutzeinrichtungen.

Medienlandschaft

Die Re-Demokratisierung des Landes umfasste auch die inzwischen deregulierten Medien, insbesondere die Printmedien. Widerwillig hatte Rawlings im Kontext seiner Re-Zivilisierung das Medienmonopol des Staates aufgehoben. Und die privaten Medien entpuppten sich schon bald als wichtigster Akteur der noch schwachen Zivilgesellschaft und spielten lange Zeit und unter schwierigsten Bedingungen den Part der Opposition. Inzwischen galten Presse- und Meinungsfreiheit in Ghana als selbstverständlicher Bestandteil des demokratischen Systems, worin sich eine lebendige und vielfältige Medienlandschaft entwickeln konnte, insbesondere im elektronischen und digitalen Sektor. So verwundert es wenig, dass Ghana im internationalen Vergleich hinsichtlich der Pressefreiheit im Jahr 2021 noch immer relativ gut abschneiden konnte. Im Bericht von ’Reporter ohne Grenzen‘ von 2020 liegt Ghana auf Platz 30 von 180 bewerteten Ländern und verschlechterte gegenüber dem Vorjahr 2019 dabei seine Position um nur drei Plätze.

Bis April 2026 setzte sich dieser Abwärtstrend jedoch massiv fort; Ghana fiel im Ranking von „Reporter ohne Grenzen“ zeitweise unter die Top 60, da die Gewalt gegen Journalisten zunahm und Gesetze gegen „Falschnachrichten“ verstärkt zur Unterdrückung von Regierungskritik genutzt wurden. Der Hang zum Infotainment und zum Boulevard macht auch vor Ghana nicht halt, sodass auch dort der Journalismus nur eingeschränkt dazu beiträgt, eine fundierte öffentliche Meinung herzustellen. Zudem befinden sich im Jahr 2026 viele private Medienhäuser im Besitz von Politikern, was die redaktionelle Unabhängigkeit untergräbt.

Radio, ERFOLGE & Sanktionen – deSSEN Geschichte ab 2015

Die großen internationalen Sender wie BBC, VoA und die Deutsche Welle (DW) sind in Ghana aktiv, und die Deutsche Welle arbeitet im Bereich Re-Broadcasting eng mit Dutzenden von Radiostationen wie Choice FM in Accra und Kapital Radio in

Kumasi sowie der Multi TV Group zusammen. Im Jahr 2015 war eine besonders erfolgreiche Programmreihe das DW Heromobile, das seine durch verschiedene afrikanische Länder führende Reise in Ghana beendete. In den Folgejahren bis 2026 weitete die DW ihre Kooperationen besonders im digitalen Bereich aus, um der wachsenden Internetnutzung in Ghana gerecht zu werden.

Am 29. September 2017 verhängte die Regulierungsbehörde National Communication Authority (NCA) weitreichende Sanktionen gegen 131 Radiostationen, denen vorgeworfen wurde, einschlägige Mediengesetze verletzt zu haben. Die Maßnahme zog eine kontroverse Debatte in Ghana und in der westafrikanischen Region nach sich. Im Mai 2019 verhängte die Regulierungsbehörde gegen die beiden Radiosender Radio Gold und Radio XYZ ein Ausstrahlungsverbot, da die Lizenzen abgelaufen war und die Sender keinen Neuantrag gestellt hätten. Nach anhaltender öffentlicher Kritik und rechtlichen Prüfungen erhielten Radio Gold und Radio XYZ im Jahr 2021 ihre Lizenzen zurück und nahmen den Betrieb wieder auf, was als Teilerfolg für die Medienvielfalt gewertet wurde. Des weiteren gehört Ghana zu jenem Kreis der Länder, in denen der Media Ownership Monitor die Besitzverhältnisse und deren Auswirkungen auf die Medienvielfalt und Meinungsfreiheit untersucht. Dabei zeigen sich starke Konzentrationstendenzen und eine strategische Nähe politischer Schwergewichte zum Geschäftsbereich der Medien, die auf diesem Weg versuchen, ihre jeweilige politische Agenda medial zu verbreiten. Diese Konzentration verschärfte sich bis 2026 weiter, da finanzielle Engpässe unabhängiger Stationen zu vermehrten Übernahmen durch politisch vernetzte Konglomerate führten.

Im Mai 2019 schliesslich, nach einem rund zwanzigjährigen Tauziehen um die Verabschiedung eines Informationsfreiheitsgesetz, unterzeichnete Präsident Akufo-Addo das RTI-Gesetz «Right To Information«. Das Gesetz trat jedoch erst zu Jahresbeginn 2020 in Kraft. Allerdings blieb die praktische Umsetzung des RTI-Gesetzes bis April 2026

schleppend, da hohe Gebühren für die Informationsherausgabe und bürokratische Verzögerungen den journalistischen Zugang massiv erschweren. Zudem sind im Jahr 2026 viele private Medienhäuser im Besitz von Politikern, was die redaktionelle Unabhängigkeit untergräbt.

Kwame Nkrumah trifft John F. Kennedy;

Kongressabgeordnete und Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi besucht im Juli 2019 Ghana;

□ □ □□ □ □

Die Beitrag-Links führen zu den entsprechenden Orten und Routen auf der Weltkarte sowie weiterführenden Informationen.

Der Text wurde im Frühling 2026 *nachträglich vollständig* von unserer *Redaktion überarbeitet.* Die ursprünglichen Texte stammen vom Länderportal der GIZ, welches im Netz eingestellt wurde. Dessen ursprünglicher Verfasser war Heinrich Bergstresser.

